



Städte- und Gemeindebund Brandenburg · Stephensonstraße 4, 14482 Potsdam

An
die Mitglieder des Landtages Brandenburg,
den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: (03 31) 7 43 51-0
Telefax: (03 31) 7 43 51-33
E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>

Datum: 2010-0924

Aktenzeichen: 104-06

Auskunft erteilt: Karl-Ludwig Böttcher

- Offener Brief -

Polizeistrukturreform 2020

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie Sie wissen, wird derzeit durch die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums des Innern eine grundlegende Umstrukturierung der Polizei im Land Brandenburg vorgenommen. Kernpunkte dieser Reform sind der Abbau von 1873 Stellen bei der Polizei im Land Brandenburg, die Zusammenfassung der 15 Schutzbereiche in 4 Direktionen und die Reduzierung der derzeit 50 Polizeiwachen (ohne Autobahn- und Wasserschutzpolizei) auf 15 Polizeiwachen.

Wir befürchten, dass bei einer Umsetzung des vorgelegten Reformkonzeptes eine verantwortungsvolle Polizeiarbeit in weiten Teilen des Landes Brandenburg nicht mehr möglich sein wird.

Die Sicherheit im Land Brandenburg liegt uns allen am Herzen und wir wissen, dass die Mitarbeiter der Polizei das ihrige tun, um diese Sicherheit auf einem hohen Niveau zu halten. Gleichwohl berichten uns z. B. bereits heute immer wieder die Kameraden der Feuerwehr, dass die Polizei bei Einsätzen auf Straßen erst spät eintrifft und oftmals auch schon vor Ende des Einsatzes wieder abrückt. Die Polizeipräsenz gerade in ländlichen Gegenden ist u. E. nicht mehr in einem erforderlichen Maß gegeben. Die Verfolgung von Kleinstdelikten beschränkt sich oft nur noch auf die Aufnahme der Straftat, so dass beim Bürger der Eindruck entsteht, dass diese Straftaten nur noch verwaltet, aber nicht mehr verfolgt werden. Mit der vorgesehenen Polizeistrukturreform werden sich die aufgezeigten Probleme nach unserer Meinung weiter verschärfen.

Die Sicherheit wird vor Ort am besten dadurch gewährleistet, dass Polizei und kommunale Ordnungsbehörden Hand in Hand arbeiten. Wir haben uns deshalb immer dafür eingesetzt, dass die lokalen Handlungsträger beider Seiten möglichst eng zusammenarbeiten. Zu nennen sind hier beispielsweise die gemeinsamen mit dem Ministerium des Innern und den Landkreisen durchgeführte Veranstaltungsreihen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Hier haben wir bewusst Verantwortungsträger von Polizei, Städten, Gemeinden, Ämtern und Kreisen einer Region zusammen geschult, so dass man sich auch persönlich kennenlernen konnte, was oftmals die Arbeit vor Ort sehr vereinfacht. Zukünftig wird dies kaum noch möglich sein, weil die Verantwortungsträger der Polizei, welche jetzt nahe in den Wachen und Schutzbereichen verortet sind,

so weit von den einzelnen Städten und Gemeinden entfernt und dazu noch überwiegend mobil arbeiten sollen, dass ein vertrauensvoller persönlicher Umgang nicht mehr stattfinden wird.

Die beabsichtigte Schließung von über 2/3 der gegenwärtigen Polizeiwachen (35 von 50) ist aus Sicht der Städte und Gemeinden so gravierend, dass ein flächendeckender Ersatz durch so genannte interaktive Funkstreifenwagen als unrealistisch angesehen werden muss. Dieses, mal abgesehen von den erheblichen Kosten, auch vor dem Hintergrund, dass auf längere Zeit „weiße Flecken“ hinsichtlich der Interneterreichbarkeit bestehen werden und der BOS-Digitalfunk nicht zur Verfügung steht. Darauf geht der Kommissionsbericht nicht ein, ebenso nicht auf die Frage der bisherigen baulichen und sächlichen Investitionen in Polizeiwachen und Schutzbereiche sowie deren Nachnutzungsmöglichkeiten nach Schließung.

Bislang war es der Polizei vielfach noch möglich, in den Nachtstunden dringende Maßnahmen der Gefahrenabwehr, wie zum Beispiel gegen Ruhestörungen, durchzuführen. Es besteht die große Sorge, dass im Zuge der Polizeistrukturereform die Präsenz der Polizei vor Ort derart zurückgehen wird, dass diese Aufgaben faktisch nicht mehr erledigt werden können. In der Folge werden diese Aufgaben auch nachts von den Kommunen wahrgenommen werden müssen. Eine Kostenersparnis beim Land würde deshalb unweigerlich zu einer Kostenerhöhung bei den Kommunen führen. Dieser neue hohe finanzielle Aufwand kann den Kommunen nicht - und erst recht nicht vor dem Hintergrund von erheblich zurückgehenden Finanzausgleichsmitteln des Landes und eigenen Steuereinnahmen - zugemutet werden.

Letztlich - aber sicherlich nicht weniger wichtig - ist, dass die objektive und auch die subjektive Sicherheit der Bürger ein großes Stück Lebensqualität beinhaltet und ein hohes Gut für den Wohn-, Tourismus- und Wirtschaftsstandort Brandenburg darstellt. Auch die Verantwortungsträger in den Städten, Gemeinden und Ämtern wissen, dass sich das Land in einer schwierigen finanziellen Lage befindet. Wir verschließen uns deshalb nicht allen angeführten Argumenten der beabsichtigten Reform. Es stellt sich aber schon grundsätzlich die Frage, ob die Herangehensweise der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“, bereits im Vorfeld eine Personalreduzierung von rund 1900 Stellen zu diktieren, richtig sein kann. Nach unserer Auffassung hätte die Kommission sich zunächst mit der Frage beschäftigen sollen, wie viel und welche Sicherheit im Land Brandenburg gebraucht wird. Dass es später auch aufgrund der finanziellen Lage zu Abstrichen kommen kann, ist jedem bewusst. Daneben sind sicherlich noch viele andere Fragen nicht ausreichend beleuchtet, etwa wie die Zusammenarbeit im Katastrophenfall oder bei größeren Gefahrenlagen funktionieren soll. Wurde berücksichtigt, dass Brandenburg ein Tourismusland ist und schon allein dadurch bedingt saisonal eine vielfach höhere Zahl von Menschen in Städten und Gemeinden leben? Gerade im Tourismus kommt es auch auf das subjektive Empfinden der Urlauber an. Dazu gehört auch der Bereich Sicherheit, einmal gemachte negative Erfahrungen sind schwer zu korrigieren. Auch der Wirtschaftsstandort Brandenburg muss in den Blick genommen werden. Ausreichende Sicherheit durch eine erreichbare Polizei kann durchaus einen Standortfaktor darstellen.

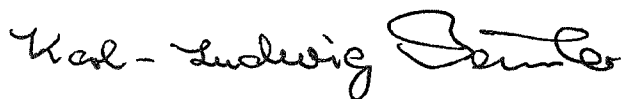
Neben den aufgeworfenen Fragen halten wir es für besonders wichtig, dass in dem Prozess, der zu einer Polizeistrukturereform führt, möglichst viele Betroffene mitgenommen werden. Dies bedeutet aus unserer Sicht auch, dass man sich den kommunalen Verantwortungsträgern stellt und die Probleme mit ihnen diskutiert und ihre Meinung in die Abwägung einbezieht. Letztlich sind es die Hauptverwaltungsbeamten vor Ort, die den Bürgern Rede und Antwort zur Sicherheit in ihrem Ort stehen müssen. Die Teilnahme des Innenministers an unserer letzten Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes und seine Ankündigung, in Gespräche mit den Bürgermeistern mit Wachenstandorten einzutreten, sind hier erste Schritte in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Die spärliche Informationspolitik in den vergangenen Monaten hat nach unserer Ein-

schätzung bei den Bürgern und bei den politischen Handlungsträgern auf allen Ebenen zu starken Verunsicherungen geführt. Ähnlich verhält es sich mit den derzeit nicht vorhandenen Informationen zur Standortauswahl in diesem Bereich.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir möchten Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, dass in Brandenburg eine leistungsfähige Polizei erhalten bleibt. Wir unterstützen insoweit die Volksinitiative „Für den Erhalt einer leistung- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg“. Die im Bericht der Kommission Polizei Brandenburg 2020 vorgeschlagenen Maßnahmen sind nach unserer Auffassung nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Da das entsprechende Gesetz auf diesem Bericht aufbaut, ist davon auszugehen, dass auch dieses Gesetz nicht geeignet ist, diesem Ziel gerecht zu werden. Bitte wirken Sie auch darauf hin, dass bei einer Überarbeitung die Betroffenen stärker einbezogen werden. Dies sind auch die Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg.

Nachstehend haben wir die Namen der Verantwortungsträger aus Städten, Gemeinden und Ämtern abgedruckt, welche dieses Schreiben unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Ludwig Böttcher

Erstunterzeichner:

Herr Werner Große
Präsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg
Bürgermeister Stadt Werder (Havel)

Herr Jann Jakobs
Erster Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg
Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam

Frau Barbara Klemmt
Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg
Bürgermeisterin Gemeinde Wiesenburg/Mark

Frau Iris Schülzke
Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg
Amtsdirektorin Amt Schlieben

Herr Dr. Klaus-Peter Schulze
Bürgermeister Stadt Spremberg

Herr Thomas Zenker
Bürgermeister Stadt Großräschen

Frau Elisabeth Herzog-von-der Heide
Bürgermeisterin Stadt Luckenwalde

Herr Robert Philipp
Bürgermeister Stadt Fürstenberg/Havel

Herr Dr. Oliver Hermann
Bürgermeister Stadt Wittenberge

Herr Roy Wallenta
Bürgermeister Stadt Premnitz

Herr Hans-Ulrich Kühne
Amtsdirektor Amt Biesenthal-Barnim

Frau Kerstin Hoppe
Bürgermeisterin Gemeinde Schwielowsee

Herr Bodo Oehme
Bürgermeister Gemeinde Schönwalde-Glien

Herr Jürgen Polzehl
Bürgermeister Stadt Schwedt/Oder

Herr Andreas Fredrich
Bürgermeister Stadt Senftenberg

Herr Frank Gerhard
Bürgermeister Stadt Ludwigsfelde

Herr Sven Klemckow
Bürgermeister Stadt Lychen

Herr Herold Quick
Bürgermeister Stadt Falkenberg/Elster

Herr Bernd Brandenburg
Amtsdirektor Amt Gerswalde

Herr Klaus Rocher
Bürgermeister Gemeinde Rangsdorf

Herr Reth Kalsow
Bürgermeister Gemeinde Groß Kreutz (Havel)

Frau Dagmar Püschel
Bürgermeisterin Stadt Eisenhüttenstadt

Herr Roland Adler
Amtsdirektor Amt Ruhland

Herr Hans-Joachim Laesicke
Bürgermeister Stadt Oranienburg

Herr Heinrich Jüttner
Bürgermeister Gemeinde Schöneiche bei Berlin

Frau Irene Kluge
Bürgermeisterin Stadt Schönewalde

Herr Dieter Herrchen
Bürgermeister Stadt Elsterwerda

Herr Dr. Rainer Vogel
Bürgermeister Gemeinde Woltersdorf

Herr Burkhard Horn
Bürgermeister Stadt Werneuchen

Frau Dr. Grit Brinkmann
Amtsdirektorin Amt Neuhardenberg

Herr Klaus Prietzel
Bürgermeister Gemeinde Schipkau

Herr Andreas Meincke
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Tantow
Amt Gartz

Herr Andreas Schwarze
Stellvertretender ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Tantow
Amt Gartz

Frau Angelina Richter
Ortsvorsteherin OT Tantow der Gemeinde Tantow
Amt Gartz

Herr Dietrich Stein
Ortsvorsteher OT Schönfeld der Gemeinde Tantow
Amt Gartz

Herr Helmut Wenzel
Bürgermeister Stadt Lübbenau/Spreewald

Frau Christina Gericke
Bürgermeisterin Stadt Storkow

Frau Roswitha Thiede
Amtsdirektorin Amt Seelow-Land

Frau Cornelia Jung
Bürgermeisterin Gemeinde Michendorf

Herr Siegbert Nimtz
Bürgermeister Gemeinde Heidesee

Herr Friedhelm Boginski
Bürgermeister Stadt Eberswalde

Herr Jens Aasmann
Amtsdirektor Amt Rhinow

Frau Uta Barkusky
Bürgermeisterin Stadt Müncheberg

Herr Peter Wittstock
Bürgermeister Gemeinde Milower Land

Herr Frank Broshog
Bürgermeister Gemeinde Am Mellensee

Herr Wilhelm Garn
Bürgermeister Gemeinde Brieselang

Frau Katrin Lange
Amtsdirektorin Amt Meyenburg

Herr Dr. Ulrich Gerber
Amtsdirektor Amt Neustadt (Dosse)

Herr Andreas Dommaschk
Amtsdirektor Amt Elsterland

Frau Hannelore Brendel
Bürgermeisterin Stadt Mühlberg/Elbe

Herr Frank Pätzig
Amtsdirektor Amt Dahme/Mark

Herr Manfred Hartfelder
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Dahmetal
Amt Dahme/Mark

Herr Werner Schröder
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Ihlow
Amt Dahme/Mark

Herr Wolfgang Krakow
Bürgermeister Stadt Angermünde

Herr Fred Fischer
Bürgermeister Stadt Perleberg

Herr Bernhard Knuth
Bürgermeister Stadt Beelitz

Herr Udo Tiepelmann
Bürgermeister Gemeinde Wandlitz

Herr Hans-Jürgen Arndt
Amtsdirektor Amt Bad Wilsnack/Weisen

Herr Peter Jeschke
Bürgermeister Gemeinde Schenkendöbern

Herr Frank Stege
Amtsdirektor Amt Gransee und Gemeinden

Herr Jochen Kirsch
Bürgermeister Stadt Erkner

Frau Hannelore Klabunde
Bürgermeisterin Stadt Bad Belzig

Herr Ulrich Noack
Amtsdirektor Amt Burg (Spreewald)

Herr Michael Grubert
Bürgermeister Gemeinde Kleinmachnow

Herr Norbert Hagen
Bürgermeister Gemeinde Birkenwerder

Frau Gudrun Liebener
Amtsdirektorin Amt Wusterwitz

Herr Christian Pust
Amtsdirektor Amt Friesack

Herr Dr. Uwe Klett
Bürgermeister Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf

Herr Bengt Kanzler
Bürgermeister Stadt Vetschau/Spreewald

Herr Bernhardt Rengert
Bürgermeister Gemeinde Boitzenburger Land

Herr Lothar Bretterbauer
Bürgermeister Stadt Lübben (Spreewald)

Frau Ursula Schadow
Amtsdirektorin des Amtes Golßener Land

Herr Wilfried Rauhut
Bürgermeister Gemeinde Niedergörsdorf

Frau Michaela Schreiber
Bürgermeisterin Stadt Zossen

Herr Udo Staeck
Bürgermeister Gemeinde Karstädt

Herr Reiner Schulz
Amtsdirektor Amt Gramzow

Frau Gudrun Hoffmann
Bürgermeisterin Gemeinde Plattenburg

Herr Werner Suchner
Bürgermeister Stadt Calau

Frau Simone Hein
Amtsdirektorin Amt Beetzsee

Herr Karsten Birkholz
Amtsdirektor Amt Barnim-Oderbruch

Herr Klaus-Dieter Hübner
Bürgermeister Stadt Guben

Herr Jürgen Henze
Bürgermeister Gemeinde Neuenhagen bei Berlin

Herr Thomas Richter
Bürgermeister Stadt Bad Liebenwerda

Herr Thomas Hähle
Bürgermeister Stadt Friedland

Herr Gerald Lehmann
Bürgermeister Stadt Luckau

Herr Bodo Broszinski
Bürgermeister Stadt Doberlug-Kirchhain

Herr Bernd Lück
Bürgermeister Stadt Ketzin

Frau Birgit Zuchbold
Bürgermeisterin Stadt Welzow

Herr Stefan Freimark
Bürgermeister Gemeinde Gumtow

Frau Christine Wernicke
Bürgermeisterin der Gemeinde Uckerland

Herr Manfred Drews
Amtsdirektor Amt Plessa

Herr Holger Horneffer
1. stellv. Amtsdirektor Amt Falkenberg-Höhe

Herr Andreas Schulz
Bürgermeister Stadt Hennigsdorf

Frau Ilka Matuschke
Amtsdirektorin Amt Schlaubetal